

Das ausführliche Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Krefeld zur Kommunalwahl 2009 finden Sie im Internet unter: [www.gruene-krefeld.de](http://www.gruene-krefeld.de) und in weiteren Faltblättern zu folgenden Themen:

1. Natur und Umwelt
2. Arbeit und Wirtschaft
3. Soziales und Gesundheit
4. Kinder und Jugendliche
5. Integration und Migration
6. Kultur und Denkmalpflege
7. Frauenpolitik
8. Sport
9. Schule
10. Stadtplanung und Innenstadtlebung
11. Verkehr
12. Verwaltung, Liegenschaften und innere Sicherheit
13. Haushalt und Finanzen

V.i.S.d.P. Heidi Matthias, Roßstr. 200, 47798 Krefeld

Weitere Informationen über Bündnis 90/Die Grünen Krefeld und die KandidatInnen finden Sie auch im Internet unter: <http://www.gruene-krefeld.de>.

Das Büro des Kreisverbandes in der Roßstraße 200 ( Fon: 02151/77 73 44, Fax 02151/78 64 93) ist geöffnet: Montag 14.00 – 19.00 Uhr, Dienstag bis Donnerstag 9.00 – 14.00 Uhr. Per E-Mail sind wir unter [kreisverband@gruene-krefeld.de](mailto:kreisverband@gruene-krefeld.de) zu erreichen.

**ZEIT FÜR GRÜN.**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



Krefeld ist Migrantenstadt: Fast 30% aller Krefelder/innen sind MigrantInnen oder stammen aus einer Zuwandererfamilie. Sie sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und werden unsere Zukunft entscheidend mitprägen: Bei den Unter-40-Jährigen stammt fast jeder zweite aus einer Zuwandererfamilie.

Die meisten MigrantInnen sind in unserer Gesellschaft angekommen und bereichern und gestalten sie mit. Auf ihre Potentiale und Stärken muss kommunale Integrationspolitik in erster Linie aufbauen. Es gibt jedoch auch die Kehrseite: MigrantInnen, die selbst nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland kein Deutsch sprechen. Eltern, die ihren Kindern Bildung bzw. eine berufliche Ausbildung vorenthalten und sie nach überkommenen, patriarchalischen Verhaltensregeln erziehen – zu Lasten der Frauen. Ihre Integration ist eine Anstrengung, die nicht nur sie, sondern alle gemeinsam leisten müssen.

Es wird Zeit, die Zukunft gemeinsam mit Migrant/innen zu gestalten: für mehr Teilhabechancen und für eine gemeinsame Werteorientierung. Zuwanderer sind Bürger/innen unserer Stadt und müssen als solche wahrgenommen werden: mit allen Rechten und Pflichten.

#### **INTEGRATION GEMEINSAM VORANTREIBEN**

Integration ist ein gemeinsam gestalteter Prozess, bei dem auf allen Seiten die Bereitschaft zur Verständigung und zur Veränderung notwendig ist. Gemeinsam muss nach Faktoren gesucht werden, die Integrations- und Bildungserfolg bzw. beruflichen und sozialen Aufstieg von MigrantInnen fördern. Gemeinsam muss im Rahmen eines Integrationskonzeptes ein umfassendes Angebot aufeinander abgestimmter Integrationsmaßnahmen entwickelt werden.

Die angebliche Gestaltungscoalition von CDU und FDP hat diese Aufgabe in den letzten 5 Jahren sträflich vernachlässigt. Erst nach langem Tauziehen wird jetzt ein gesamtstädtisches Konzept erstellt.

Es hat jedoch nur dann Erfolg, wenn es gemeinsam mit Migrant/innen organisiert, umgesetzt und weiterentwickelt wird. Dieser gemeinsame Weg muss organisatorisch und institutionell begleitet werden.

#### **Dafür stehen die Grünen:**

- Einrichtung einer Integrationskonferenz
- Erstellung eines jährlichen Integrationsberichtes



## **5. Integration und Migration**

Wahlprogramm  
Kommunalwahl 2009

#### **■ Einrichtung einer Integrationsleitstelle bei der Stadtverwaltung**

#### **POLITISCHE TEILHABE STÄRKEN**

Integration fördern heißt auch, die Teilhabe an politischen Willensbildungsprozessen zu ermöglichen. Nur wer sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann, wird sich damit identifizieren. Politische Integration setzt Beteiligungsrechte für MigrantInnen in allen gesellschaftlichen Fragen voraus. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der meisten Krefelder MigrantInnen sind schlecht. Sie haben kein kommunales Wahlrecht. Im Gegensatz zu anderen Kommunen hat die CDU/FDP-Mehrheit bisher die Unterstützung der landesweiten Initiative für das kommunale Wahlrecht abgelehnt. Der Gestaltungsspielraum des Ausländerbeirates als kommunales Mitwirkungsgremium ist bisher gering. Hier muss deutlich nachgebessert werden.

#### **Dafür stehen die Grünen:**

- Unterstützung der Initiative für ein kommunales Wahlrecht
- Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zu einem städtischen Integrationsausschuss

**ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



## AUFENTHALT SICHERN – AUSLÄNDERBEHÖRDE REFORMIEREN

Zentraler Bezugspunkt für alle MigrantInnen und Flüchtlinge ist die Ausländerbehörde. In Krefeld handelt sie besonders restriktiv. Bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung, die Flüchtlingen nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland ein Bleiberecht einräumt, steht Krefeld im Vergleich mit anderen Kommunen auf dem letzten Platz.

Mit fatalen Folgen: MigrantInnen und Flüchtlinge, deren Aufenthaltsrecht jederzeit enden kann, die nicht oder nur eingeschränkt einen Beruf ausüben dürfen, können für sich keine Zukunftsperspektive entwickeln. Diese ist aber notwendig, sollen sie ihren Beitrag zur Integration leisten.

Rigide wird auch gegen ausländische Studenten vorgegangen. Damit gefährdet die Ausländerbehörde aktiv den Wissenschaftsstandort Krefeld. Die Zahl der Einbürgerungen ist stark rückläufig. Die seit letztem Jahr zwingend durchzuführenden Einbürgerungstests werden die Zahl der Einbürgerungen nochmals zurückgehen lassen.

Lange Wartezeiten, lange Bearbeitungszeiten, insbesondere bei Familienzusammenführungen und ein häufig

konsequentes Ausnutzen der Ermessensspielräume zu Ungunsten von MigrantInnen und Flüchtlingen erzeugen Unmut und Angst und führen zu vermeidbaren menschliche Katastrophen. Zwar soll die im letzten Jahr auf Initiative der Grünen ins Leben gerufene ausländerrechtliche Beratungskommission bei besonderen Härten eingeschaltet werden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Ausländerbehörde Bereitschaft zu Zusammenarbeit entwickelt: Bisher hat sie Eingaben des Petitionsausschusses und der Härtefallkommission des Landes in den meisten Fällen ignoriert. Auch die gesetzlichen Grundlagen für Minderjährige und Kranke finden bei Abschiebungen bisher zu wenig Anwendung. Dieses Vorgehen erschwert und behindert eine aktive Integrationspolitik. Notwendig ist es daher, dass die Ausländerbehörde dort, wo es möglich ist, Integration unterstützt und nicht weiter behindert. Hierfür muss sie beginnen, Ermessensspielräume für und nicht gegen MigrantInnen und Flüchtlinge zu nutzen und damit einen Beitrag zu leisten, soziale Härten zu vermeiden. Hierfür muss sie auch beratend tätig werden und mit Organisationen und Institutionen bei der Entwicklung von Konzepten und Angeboten zusammenarbeiten.

### Dafür stehen die Grünen:

- **Konsequente Umsetzung des Bleiberechts in Krefeld**
- **Aktive Werbung für Einbürgerung**
- **Stärkung der Zusammenarbeit mit den Integrationsagenturen und mit dem Flüchtlingsrat**
- **Beteiligung bei der Entwicklung des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes**
- **Verbesserung des Beratungsangebotes**
- **Verkürzung der Warte- und Bearbeitungszeiten bei der Ausländerbehörde**
- **Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Ausländerbehörde**

### SPRACHKENNTNISSE FÖRDERN

Wesentliche Grundlage für Integration, Partizipation, Bildungs- und Ausbildungschancen ist der Erwerb der deutschen Sprache.

Um Deutsch als Zweitsprache angemessen erlernen zu können, muss die Muttersprache beherrscht werden. Ein Teil der MigrantInnen spricht auch nach langjährigem Aufenthalt kein oder nur wenig Deutsch. Viele Kinder von MigrantInnen erwerben weder genügend Kenntnisse in ihrer Muttersprache noch in Deutsch als Zweitsprache. Dies ist ein eklatantes

Versagen des deutschen Bildungssystems.

Ihre Teilhabe- und Bildungschancen sind deutlich gemindert. Die Sprachförderung, nicht nur in Deutsch, sondern auch in der Muttersprache muss daher stark ausgebaut werden. Die Zweisprachigkeit von MigrantInnen darf nicht länger als Defizit begriffen, sondern muss unterstützt und gefördert werden.

### Dafür stehen die Grünen:

- **Ausbau der Sprachförderangebote in Kindertageseinrichtungen**
- **Entwicklung von muttersprachlichen Förderangeboten in Kindertageseinrichtungen**
- **Entwicklung von Konzepten zum zweisprachigen Unterricht**
- **Ausbau der Integrationskurse**

### BILDUNGSBENACHTEILIGUNGEN AUFHEBEN – AUSBILDUNGSCHANCEN VERBESSERN

Die Bildungschancen von MigrantInnen in Deutschland sind schlecht. Hauptursache ist das gegliederte und selektierende Schulsystem, das die UN-Menschenrechtskommission als diskriminierend und migrantenfeindlich eingestuft hat und darin eine Menschenrechtsverletzung sieht. Die Grünen setzen sich daher bundes- und landespolitisch für eine grundlegende Reform des Schulsystems ein. In Krefeld erreichen nur 14 % aller Schüler/innen mit Migrationshintergrund das Abitur. Bei den deutschen SchülerInnen sind es 24 %. Mit 10% liegen türkische SchülerInnen bei den Schulabgängen ohne Schulabschluss ganz vorne. Auf dem Ausbildungsmarkt sind viele von ihnen ohne Chancen.

Notwendig ist es daher, die Bildungs- und Ausbildungschancen für MigrantInnen massiv zu stärken und ihnen durch schulische Förderangebote,

aber auch durch außerschulische Bildungsangebote die Unterstützung zu geben, die sie für einen erfolgreichen Schulbesuch benötigen. Ihre Eltern müssen verstärkt in die schulische Bildung und Erziehung einbezogen werden. Nur wenn sie aktiv den Lernprozess ihrer Kinder begleiten und die Teilnahme – insbesondere der Mädchen – an allen Unterrichtsfächern gewährleisten, können ihre Kinder letztlich erfolgreiche SchülerInnen werden.

### Dafür stehen die Grünen:

- **Ausbau von Ganztagsangeboten in den weiterführenden Schulen**
- **Qualitativer Ausbau des Offenen Ganztags an Grundschulen.**
- **Entwicklung von Konzepten zur Stärkung der Elternarbeit an Schulen**
- **Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendhilfe**
- **Stärkung der interkulturellen Bildungsarbeit in Jugendeinrichtungen**

### DIALOG DER RELIGIONEN FÖRDERN – RASSISMUS ÄCHTEN

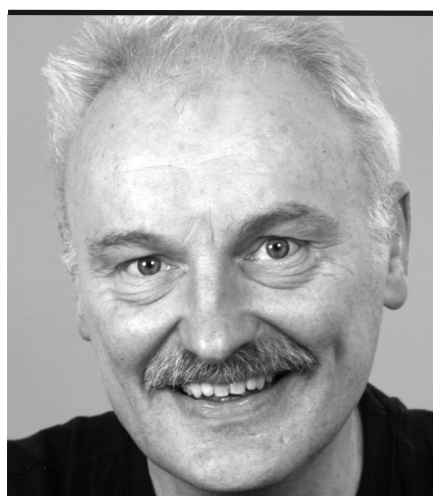
Mit den Menschen sind auch ihre Religionen gewandert. Die religiöse Landschaft ist vielfältiger geworden. Muslime bilden die drittgrößte Religionsgemeinschaft in Krefeld. Eine deutliche Minderheit ist in den eher konservativen muslimischen Vereinigungen organisiert.

Das Grundgesetz schützt ausdrücklich das private, aber auch das öffentliche religiöse Bekenntnis eines jeden Menschen. Die religiösen Bedürfnisse von Muslimen, z.B. in Altenheimen, Schulen oder Kindertageseinrichtungen, müssen daher genauso berücksichtigt werden wie die der Menschen anderer Religionen. Auf diesem Hintergrund muss das gegenseitige Verständnis von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit gestärkt werden. Der Dialog zwischen den verschiede-

nen Krefelder Religionsgemeinschaften sollte durch die Stadt Krefeld unterstützt und ausgebaut werden. Hierbei müssen insbesondere auch Muslime, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, einbezogen werden. Rassismus und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Nationalität sind menschenunwürdig und ein Angriff auf das Grundgesetz. Das gleiche gilt für demokratiefeindliche und diskriminierende Ideologien unter dem Deckmantel von Religionen. Ihnen muss eine klare und konsequente Absage erteilt werden.

### Dafür stehen die Grünen:

- **Entwicklung von Konzepten zur Gleichstellung des Islam**
- **Förderung des Dialogs der Religionen**
- **Unterstützung des Aktionsbündnis gegen Rassismus**



*„Integration ist ein gemeinsam gestalteter Prozess, bei dem auf allen Seiten die Bereitschaft zur Verständigung und zur Veränderung notwendig ist.“*

**Christoph Bönders**, Kandidat für den Rat